

Pressemitteilung zur Pressekonferenz am 12. Februar 2014 in Berlin

Die große Koalition ignoriert den demografischen Wandel

Der demografische Wandel wird inzwischen in der Öffentlichkeit intensiv diskutiert. Dabei stellt die Zunahme der Zahl älterer Menschen, bei gleichzeitiger Abnahme jüngerer Menschen insbesondere die Rentenkassen sowie das Gesundheits- und Sozialwesen vor bisher ungelöste Probleme. Bislang hat sich die Politik zukunftsorientierten Weichenstellungen verweigert.

„Die große Koalition ignoriert den demografischen Wandel. Gegenstand des Koalitionsvertrags ist praktisch ausschließlich die Zeit der Legislaturperiode. Die alleinige Ankündigung einer Pflegereform und die Planung eines Pflegefonds durch eine Erhöhung des Beitragssatzes zur Sozialen Pflegeversicherung um 0,1 Prozent kann kaum als Zukunftsgestaltung bezeichnet werden“, so das Urteil des renommierten Gesundheitsexperten und früheren Leiters des IGSF Kiel Prof. Fritz Beske bei der Vorstellung seines neuen Buches in Berlin.

Die mit der Veränderung der Bevölkerungsstruktur einhergehenden Auswirkungen sind bereits jetzt bei der Versorgung von psychisch kranken Älteren, gerade bei Demenzpatienten, zu sehen. „Bislang ist unser Gesundheits- und Sozialwesen darauf nicht eingestellt. Wir wissen aus vielen Modellversuchen, was zu tun ist. Mehr als schöne Reden und Verständnis brauchen die Erkrankten ein entsprechend solide finanziertes System. Solange mit Kranken- und Pflegekassen unterschiedliche „Töpfe“ existieren führt das zu Fehlanreizen, denn die komplexen Leistungen in Diagnostik und Therapie werden sowohl bei den Hausärzten, niedergelassenen Fachärzten und in den Kliniken nicht adäquat honoriert. Die Konsequenz ist, dass Demenzkranke, gemessen an internationalen Standards, in Deutschland nicht angemessen behandelt werden“, so der Präsident der deutschen Alterspsychiater Prof. Dr. Hans Gutzmann.

„Solange die Trennung zwischen Kranken- und Pflegekasse bestehen bleibt, ist es für eine Krankenkasse betriebswirtschaftlich nicht sinnvoll, eine Behandlung zu bezahlen, deren Nutzen – durch die erst später eintretende Pflegebedürftigkeit – die Pflegekasse hat“, so Prof. Hans Gutzmann weiter. „Durch diesen „Krieg der Töpfe“ wird die notwendige Behandlung oft versäumt und die pflegenden Angehörigen tragen körperlich, seelisch und finanziell die Hauptlast, mit dem hohen Risiko, selbst zu erkranken. Hier muss die Politik endlich handeln.“